

Stadt Braunschweig
Die Bezirksbürgermeisterin im
Stadtbezirk Mitte

Protokoll

Sitzung des Stadtbezirksrates im Stadtbezirk 130

Sitzung: Dienstag, 28.02.2023

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 23:39 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Frau Jutta Plinke - B90/GRÜNE

Herr Philip Brakel - SPD

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

Herr Waldemar Gottkowski - CDU

bis einschl. TOP 9

Frau Mareike Islar - SPD

bis einschl. TOP 7

Frau Anke Schneider - DIE LINKE.

Frau Karin Allgeier - SPD

Frau Ursula Derwein - B90/GRÜNE

Herr Frank Flake - SPD

nicht zu TOPs 15-20

Herr Mirco Hanker - AfD

Frau Kerstin Hentschel - B90/GRÜNE

bis einschl. TOP 10

Frau Britta Kokemper-Söllner - CDU

bis einschl. TOP 7

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Michael Pahl - SPD

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Edmund Schultz - BIBS

Herr Hans Gottfried Slama - CDU

bis einschl. TOP 9

weitere Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

bis einschl. TOP 7

Verwaltung

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

zu TOP 7

Frau Prof. Dr. Anja Hesse - Dezernentin IV

zu TOP 7

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

zu TOPs 7-12

Frau Kirsten Lewandowski -

zu TOP 13

Abwesend

Mitglieder

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE .

Herr Dr. Lukas Stahl - B90/GRÜNE .

weitere Mitglieder

Herr Felix Bach - B90/GRÜNE .

Herr Robert Glogowski - B90/GRÜNE .

Frau Aniko Glogowski-Merten - FDP .

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung des Sitzverlusts von Herrn Helge Böttcher gemäß § 52 Abs. 1 NKomVG
- 3 Pflichtenbelehrung und Verpflichtung der Ersatzperson Frau Lisa-Marie Jalyschko gemäß § 91 Abs. 4 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
- 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.01.2023
- 5 Mitteilungen
 - 5.1 Bezirksbürgermeister/in
 - 5.2 Verwaltung
- 6 Anträge
 - 6.1 Bushaltestelle Steinweg 2023
Antrag der SPD-Fraktion 23-20586
 - 6.2 Fritz-Bauer-Platz aufwerten!
Antrag der Fraktion B90/Grüne 23-20679
 - 6.3 Verbesserung der Beleuchtungssituation auf der Kurt-Schumacher-Straße
Antrag der Gruppe BIBS/Die Linke 23-20680
- 7 Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses 23-20743
- 8 Entwicklung Großer Hof 23-20569

9	Magniviertel - Experimentelles Modellprojekt zur Quartiersentwicklung	23-20614
10	Erfahrungsbericht zu den Verkehrsströmen nach Neustrukturierung der Verkehrsführung im Bereich Helmstedter Straße und Schillstraße und Änderung der Verkehrsführung in der Kurzen Straße	22-19549
11	Zweite Veloroute in Braunschweig: Wallring	23-20323
12	Am Wendentor: Verbesserte Querungsmöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings	23-20537
13	Ideenplattform: Basketballplatz und Sportanlagen in Viewegs Garten	23-20510
14	Dauerinstallation zum Lichtparcours: Künstlerische Lichtinstallation von Johannes Wohnseifer	23-20662
15	Verkauf einer städtischen Grundstücksfläche in der Kaiserstraße	23-20651
16	Verwendung von Haushaltsmitteln	
17	Anfragen	
17.1	Justizgebäude am Domplatz Anfrage der Fraktion B90/Grüne	23-20674
17.1.1	Justizgebäude am Domplatz	23-20674-01
17.2	Gestaltung Südstraße Anfrage der SPD-Fraktion	23-20584
17.3	Gestaltung Wollmarkt Anfrage der SPD-Fraktion	23-20633
17.3.1	Gestaltung Wollmarkt	23-20633-01
17.4	Verkehrsberuhigende Maßnahmen am Ägidienmarkt Anfrage der Fraktion B90/Grüne	22-18870
17.4.1	Verkehrsberuhigende Maßnahmen am Ägidienmarkt	22-18870-01
17.5	Geschwindigkeitsbeschränkung Salzdahlumer Straße Anfrage der Gruppe BIBS/Die Linke	22-19357
17.5.1	Geschwindigkeitsbeschränkung Salzdahlumer Straße	22-19357-01
17.6	Geschwindigkeitsreduzierung auf der Ackerstraße im Bereich der KiTa Anfrage der Fraktion B90/Grüne	22-19407

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Es werden keine Einwohnerfragen vorgetragen.

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Sie schlägt vor, den Tagesordnungspunkt "Anträge" vor den Anfragen zu behandeln und lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen:

17 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

2. Feststellung des Sitzverlusts von Herrn Helge Böttcher gemäß § 52 Abs. 1 NKomVG

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke lässt über die Feststellung des Sitzverlustes von Herrn Helge Böttcher abstimmen.

Beschluss (Feststellung gem. § 52 Abs. 2 NKomVG):

Der Stadtbezirksrat 130 Mitte stellt fest, dass Herr Helge Böttcher aufgrund seiner Wohnsitznahme außerhalb des Stadtbezirks Mitte und somit dem Verlust seiner Wählbarkeit seinen Sitz im Stadtbezirksrat 130 verloren hat.

Abstimmungsergebnis:

17 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

3. Pflichtenbelehrung und Verpflichtung der Ersatzperson Frau Lisa-Marie Jalyschko gemäß § 91 Abs. 4 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke verweist auf die §§ 40 bis 42 NKomVG und nimmt die Pflichtenbelehrung vor. Frau Lisa-Marie Jalyschko wird verpflichtet, ein Auszug aus dem NKomVG wurde ihr vorher ausgehändigt. Die Verpflichtung wird aktenkundig gemacht.

4. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.01.2023

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke weist auf die im Vorfeld von Herrn Stühmeier mitgeteilten Korrekturen hin:

TOP 4.2: Änderung des ersten Satz des zweiten Absatzes: Herr Stühmeier hält eine Tempo-30-Zone auf einer Hauptverkehrsstraße wie der Salzdahlumer Straße für falsch.

TOP 4.3: Änderung des zweiten Satzes des ersten Absatzes: Auf Nachfrage von Frau Schneider führt er aus, dass die Bereiche auf Höhe der Lichtsignalanlagen markiert werden sollen.

TOP 5: : Änderung des vierzehnten Absatzes: Herrn Stühmeier ist der räumliche Zuschnitt nach wie vor unklar und er plädiert für die Prüfung von Alternativen, z. B. die Benennung in Fritz-Bauer-Straße oder eine Umbenennung des Hagenscharrn in Fritz-Bauer-Straße.

Mit diesen Korrekturen lässt Frau Plinke über die Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. Januar 2023 abstimmen.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 24. Januar 2023 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

14 dafür 0 dagegen 4 Enthaltungen

5. Mitteilungen

5.1. Bezirksbürgermeister/in

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke gratuliert Herrn Hanker nachträglich zum Geburtstag.

Sie informiert über die von ihr wahrgenommenen Termine.

5.2. Verwaltung

Die Verwaltung berichtet über die zwischen den Sitzungen ergangenen Kurzinformationen und Mitteilungen außerhalb von Sitzungen:

27.01.23: Einladung zur Informationsveranstaltung bezüglich eines Neubaus der Städtischen Musikschule und eines Konzerthauses

31.01.23: Hinweis auf die Bürgerinformationsveranstaltung zur Wallringquerung

01.02.23: Ladepunkte für Elektrofahrzeuge, 4. Quartal 2022

06.02.23: Beschwerde über die aktuelle Anlieger-Regelung in der Okerstraße

13.02.23: Nachricht der Bürgerschaft Magniviertel zum Quartierskonzept Magniviertel

22.02.23: Information zum Stadtputztag 2023

27.02.23: Baumfällungen zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit am Steintorwall

30.01.23: 23-20515 - Veröffentlichung der Lärmkartierung gemäß EU-Umgebungslärm-Richtlinie

01.02.23: 22-19021-01 - Baubeginn der Maßnahme "Mobiles Grün"

07.02.23: 23-20575 - Mobilitätsentwicklungsplan - Prüfauftrag Zukunftsszenarien

10.02.23: 22-18420-02 - Geschwindigkeitsmessung Petritorwall

17.02.23: 23-20610 - Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für den Neubau der Städtischen Musikschule und der Planung eines Konzerthauses sowie der Bedarfs- und Potenzialanalyse für ein Konzerthaus mit 1.000 Sitzplätzen

Darüber hinaus informiert die Verwaltung, dass die Einwohneranfrage aus der Sitzung vom 24. Januar 2023 zur Verkehrssituation am Knotenpunkt Ackerhof/Georg-Eckert-Straße beantwortet wurde.

7. Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung

23-20743

der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Dezernentin Prof. Dr. Hesse, Herrn Stadtbaurat Leuer, Herrn Stadtrat Herlitschke und Herrn Keding (Leiter der Musikschule).

Frau Prof. Dr. Hesse stellt das Ergebnis der Machbarkeitsstudie vor, Herr Keding in einer weiteren Präsentation die Synergieeffekte der Zusammenlegung von Musikschule und Konzerthaus vor.

Herr Leuer stellt das Ergebnis der Standortanalyse vor. Als Ergebnis des Gutachtens stelle sich das Bahnhofsquartier klar als am besten geeignet dar.

Herr Herlitschke ergänzt, dass auch sein Dezernat den Standort und die Zusammenlegung bevorzugt. Er skizziert das weitere Vorgehen: Erst nach dem Architekturwettbewerb könne eine konkrete Kostenschätzung entwickelt werden.

Herr Schultz fragt, in welchem Umfang Parkfläche durch das Vorhaben versiegelt und welche Beeinträchtigungen das Vorhaben für den Park mit sich bringen würde.

Herr Gottkowski begrüßt das Vorhaben dem Grunde nach, weist allerdings auf die angespannte Haushaltslage hin. Er hätte sich die Nennung von konkreten Zahlen gewünscht. Er werde dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen. Die Standortwahl begrüßt er.

Herr Hanker kann die Vorteile grundsätzlich nachvollziehen, führt aber auch die finanzielle Belastung an und weist auf andere finanziell herausfordernde Großprojekte hin. Er merkt an, dass es zunächst nur um den Bau einer Musikschule ging, den er auch unterstütze. Er hält das geplante Konzerthaus mit 1000 Plätzen in Relation zur Elbphilharmonie in Hamburg als zu groß dimensioniert. Zudem würden seiner Ansicht nach Parkplätze fehlen.

Stadtbaurat Leuer antwortet auf die Fragen. Genaue Zahlen zur Flächenversiegelung können noch nicht benannt werden. Der hochbauliche Wettbewerb bleibe abzuwarten. Das Thema „Grundwasser“ sei lösbar. Die Sorge, dass, wie von Herrn Hanker befürchtet, „Angsträume“ geschaffen werden, teile er nicht. Der Bedarf an Parkplätzen werde vor dem Hintergrund des am Bahnhof vorhandenen Mobilitätsangebotes im Bebauungsplan überprüft. Der Komplex Galeria Kaufhof, ebenfalls von Herrn Hanker als alternativer Standort angesprochen, sei ähnlich zu bewerten wie die geschilderte Situation des ehemaligen Karstadt-Kaufhauses am Gewandhaus. Es sei nicht klar, ob das Projekt dort überhaupt integriert werden kann, zumal diese Liegenschaften jeweils wohl komplett entkernt werden müssten.

Frau Prof. Dr. Hesse kann den Wunsch, konkrete Zahlen zu nennen, nachvollziehen. Gerade mit diesem Grundsatzbeschluss und dem Einsatz der Planungsmittel i. H. v. 500.000 Euro sollen diese konkreten Zahlen ermittelt werden. Sie betont, dass das Konzerthaus hier mitnichten „eingefädelt“ werden solle, sondern der Wunsch sowohl in der Bevölkerung schon lange bestehe als auch auf Seiten der Konzertveranstalter, die seit vielen Jahren den Wunsch äußern und weist auf die durchgeführten Umfragen und die Untersuchungen im Kontext des Soziokulturellen Zentrums hin. Das Staatstheater könne diesen Bedarf nicht abdecken.

Frau Schneider bedankt sich für die Präsentationen und kritisiert, dass nach erster Ankündigung in der Braunschweiger Zeitung nun eilig dieser Grundsatzbeschluss gefasst werden solle. Aufgrund des Eingriffs in die Natur könne ihre Gruppe den Standort nicht mittragen. Die dargestellten Synergieeffekte überzeugen sie nicht. Sie hält andere Standorte für geeigneter.

Frau Jalyschko bedankt sich für die Vorstellung. Sie weist mit Blick auf den Doppelhaushalt auf die hohe finanzielle Belastung hin. Sie unterstreicht, dass es sich um ein niederschwelliges Angebot werde handeln müssen, mehr um ein „Haus der Musik“ als um eine Philharmonie. Sie sieht durchaus einen großen Mehrwert für die Stadt. Den Standort sieht sie als am

geeignetsten an. Einige offene Fragen, wie z. B. Betrieb und Konzeption, müssten im laufenden Verfahren geklärt werden.

Herr Stadtrat Herlitschke weist darauf hin, dass das im Plan dargestellte Gebäude zunächst nur als Beispiel für eine mögliche Kubatur zu sehen sei. Größere Eingriffe in den Park seien nicht vorgesehen. Beim Bau werden die städtischen Nachhaltigkeitsziele beachtet, was auch eine Bedingung für den Wettbewerb sein werde. Eine DGNB-Zertifizierung soll angestrebt werden. Nach dem Wettbewerb könne eine konkrete Kostenschätzung zur Verfügung gestellt werden.

Stadtbaurat Leuer weist darauf hin, dass sich die „Burggasse“ nicht in städtischem Eigentum befinde, wie von Frau Schneider als Möglichkeit aufgeworfen. Für die Fläche Parkpalette Stadthalle ist das Vergabeverfahren für ein Hotel abgeschlossen. Ein Hotel wird an dem Kongressstandort zwingend benötigt.

Frau Prof. Dr. Hesse weist mit Bezug auf die Äußerungen von Frau Schneider darauf hin, dass die Musikschule eben gerade nicht „untergebracht“ werden solle, sondern eine zukunftsfähige Musikschule mit Konzerthaus geschaffen werden soll. Sie verweist auf das Beispiel in Bochum. Ein konkretes Finanzierungsmodell werde vorgelegt.

Herr Flake weist darauf hin, dass eine Musikschule gebaut werden muss. Die Chance müsse genutzt werden, diese für das erstklassige Orchester mit einem Konzerthaus zu verbinden. Planungsmittel seien im Haushalt enthalten. Die Bauleitplanung sehe zudem ohnehin eine Bebauung vor. Anstelle hochpreisiger Eigentumswohnungen sei ein öffentliches Gebäude mit Mehrwert für die ganze Bevölkerung zu bevorzugen. Er appelliert für eine positive Beschlussfassung.

Frau Allgeier unterstreicht die Einzigartigkeit und die Synergieeffekte, die das Vorhaben mit sich bringen würde. Zudem würde es Besucherinnen und Besucher in die Stadt bringen und den Konzertmarkt attraktiver machen, was auch wirtschaftlich positive Effekte mit sich bringt. Auch sie weist auf das positive Beispiel Bochum hin.

Für Herrn Plinke ist das kombinierte Konzept plausibel und gut, den Standort kann er auch gut nachvollziehen. Er wünscht sich Änderungen in der Vorlage. So soll der Bau nach den Kriterien der Nachhaltigkeit zertifiziert werden. Es solle klargestellt werden, dass die bisherigen Verkehrsflächen tatsächlich in Parkflächen umgewandelt werden. Es soll ein autofreies Mobilitätskonzept für das Vorhaben geben. Über ein Fahrradparkhaus könne beispielsweise nachgedacht werden. Er werde sich enthalten.

Herr Stühmeier fragt mit Blick auf die Berichterstattung in der Braunschweig Zeitung, wonach im Jahr 2031 das erste Konzert stattfinden könnte, wie sich der Zeitplan darstellt. Stadtbaurat Leuer weist darauf hin, dass die Jahreszahl 2031 zunächst nur eine grobe Schätzung sein kann. In der Zeitschiene könne es noch zu Verschiebungen kommen.

Am vorgesehenen Standort ist Frau Schneider dieses kulturpolitische Leuchtturmprojekt zwar lieber als teure Wohnbebauung, allerdings sieht sie andere Standorte als geeigneter an. Sie fragt, warum die Machbarkeitsstudie erst jetzt veröffentlicht wurde.

Herr Möller weist auf die Schwierigkeit der Entscheidung und die finanziellen Risiken hin. Er hinterfragt die Notwendigkeit der Verbindung von Musikschule und Konzerthaus sowie die Wahl des Standortes. Die Argumente für die Zusammenlegung von Musikschule und Konzerthaus seien nicht überzeugend, es gäbe viele Gründe gegen eine Fusion. Bei einer Anpassung der Bewertungskriterien reduziert um die Aspekte Lärm, Anlieferungsverkehr und Präsenz im Stadtbild wäre der Große Hof der bessere Standort.

Frau Prof Dr. Hesse weist darauf hin, dass eine frühere Veröffentlichung nicht möglich war, da das weitere Gutachten noch nicht vorlag, sondern erst am 22.12. in der Kulturverwaltung vorlag. Zur Äußerung von Herrn Möller merkt sie an, dass die Umfragen unter 5000 Personen sowie unter Fach- und Führungskräften den Bedarf nachgewiesen haben und dass

sie die Gegenargumente zu Fusion gerne kennenlernen würde.

Herr Gottkowski kündigt Enthaltung an.

Den Hinweis von Herrn Schultz auf das Angebot der Schenkung des Musikschulneubaus von einem Braunschweiger Unternehmer, auf dem ehemaligen Gelände der Fa. Eisenvater, kann Frau Prof. Dr. Hesse nicht nachvollziehen.

Herr Stühmeier bedankt sich für die Präsentation. Als Aspekte, die für das Vorhaben sprechen, nennt er die Leuchtturmwirkung, die Stärkung der Kulturszene für die Zukunft, Synergieeffekte und die Steigerung der Lebensqualität. Als Aspekte, die gegen das Vorhaben sprechen, nennt er zunächst die fehlenden Angaben zur Finanzierung, insbesondere mit Blick auf die gerade veröffentlichten Baukostensteigerungen für die Stadthalle. Er fragt, wie Musikschule und Konzerthaus dauerhaft betrieben werden sollen. Er wünscht sich zudem einen konkreten Umsetzungsplan. Der Standort Großer Hof hätte aus seiner Sicht positive Effekt auf die Kerninnenstadt. Er kündigt Änderungsvorschläge und seine Enthaltung an.

Frau Prof Dr. Hesse betont erneut, dass ohne den Grundsatzbeschluss und die Ausplanung des Vorhabens keine Gesamtkosten beziffert werden können. Die Musikschule benötige seit Jahren einen wertigen Standort. Die einmalige Chance sollte genutzt werden.

Stadtbaurat Leuer skizziert die Zeitplanung mit Abschluss des Bebauungsplanverfahrens im Jahr 2025, Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen in den Jahren 2026 und 2027, Baubeginn in 2028 und Fertigstellung im Jahr 2031. Er weist darauf hin, dass auch der gewählte Standort und das Bahnhofsquartier positive Effekte auf die Innenstadt haben werden. Der Große Hof sei Gegenstand weiterer Betrachtungen.

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss (Anhörung gem. § 94. Abs. 1 NKomVG):

1. Die Planung für die bauliche Neuerrichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig erfolgt auf der Grundlage des im Jahr 2019 beschlossenen Zukunftskonzepts „Die Städtische Musikschule auf dem Weg zum `Zentrum für Musik'“ (Drs. Nr. 19-10104-01).
2. Die Planung eines Konzerthauses mit 1.000 Sitzplätzen erfolgt auf Basis der Untersuchung der kulturellen Infrastrukturanalyse des Büros actori sowie der Machbarkeitsstudie des Büros Prof. Jörg Friedrich | Studio PFP GmbH.
3. Städtische Musikschule und Konzerthaus sollen eine synergetische und bauliche Einheit an einem Standort bilden. Das Konzerthaus und dessen 1.000-Sitzplatz-Konzertsaal soll multifunktional und mit dem 199-Sitzplatz-Konzert- und Probensaal der Städtischen Musikschule baulich kombiniert geplant werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein künstlerisches Konzept bzw. Veranstaltungskonzept zu entwickeln, dass sowohl die Diversität der Bevölkerungsstruktur als auch die Kombinationspotentiale mit der Städtischen Musikschule im Sinne eines Zentrums der Musik für Alle reflektiert.
5. In das weitere Bauleitplanverfahren für das Bahnhofsquartier (Anlage 1) wird der Standort für ein Konzerthaus kombiniert mit der räumlichen Unterbringung der Städtischen Musikschule integriert.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, die für eine finale Umsetzungsentscheidung erforderlichen baulichen Untersuchungen umgehend auszulösen. Die Vorgaben des B-Planentwurfes sind dabei zu berücksichtigen.
7. Der finale Umsetzungsbeschluss für die kombinierte Errichtung von Konzerthaus und der Städtischen Musikschule (inkl. eines Konzert- und Probensaals mit 199 Sitzplätzen) ist im Jahr 2025, mit belastbaren Aussagen zum erforderlichen Investitionsvolumen, vorzulegen. In diesem Rahmen ist auch festzulegen, ob und ggf. in welchem Maße eine alternative Finanzierungsvariante (ÖPP, Einbindung von Spenden oder sonstigen Drittmitteln, Realisierung z.B. durch eine Stiftung) verfolgt werden soll.
8. Die Verwaltung trägt Sorge dafür, dass ein architektonischer Wettbewerb für die kombi-

nierte Errichtung von Städtischer Musikschule und Konzerthaus folgende Parameter beinhaltet:

- am neu zu gestaltenden städtischen Eingangstor Viewegs Garten - in direkter Sichtachse des zentralen Ausgangs des Hauptbahnhofs - eine wegweisende Architektur zu generieren,
 - die Architektur nimmt die Bezüge zum Gesamtensemble der historischen Parkanlage Viewegs Garten sowie des neuen Bahnhofsquartiers auf und leistet einen Beitrag zu dessen weiterer städtebaulichen Aufwertung,
 - Orientierung an Nachhaltigkeit in Baustoffen, Berücksichtigung modernster Umweltstandards bei der Klimatisierung bzw. Gebäudekühlung sowie der Energieversorgung,
 - die Architektur wird den Anforderungen zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel gerecht,
 - Berücksichtigung kulturpolitisch aktueller Diskurse; beispielsweise baulich als „Dritter Ort“ fungieren zu können.
9. Für die Ausschreibung, u.a. von Planungsleistungen, sollen der Referenznachweis erfolgreicher Umsetzungen von Konzerthausprojekten zentrale Kriterien sein.
10. Für die Planung zur Errichtung der Städtischen Musikschule und eines Konzerthauses stehen derzeit Haushaltsmittel von 500.000 € vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Genehmigungen zum Haushalt 2023 zur Verfügung. Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Umsetzung der Maßnahme und den lfd. Betrieb steht unter dem Vorbehalt der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Braunschweig und den Finanzierungsalternativen.

Abstimmungsergebnis:

6 dafür 3 dagegen 9 Enthaltungen

8. Entwicklung Großer Hof

23-20569

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage ein. Es handele sich bei dem Großen Hof um ein attraktives Viertel mit viel Potenzial am Rande der Innenstadt.

Herr Brakel begrüßt den Vorschlag, er hätte sich allerdings gewünscht, das Thema zusammen mit der Gestaltung des Wollmarktes zu denken.

Frau Schneider stellt einen Änderungsantrag, wonach das Nutzungskonzept den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Herr Schultz stellt einen Änderungsantrag, wonach eine Mehrzweckhalle geprüft werden soll.

Herr Leuer bestätigt, dass der Wollmarkt mitgedacht werden soll. Das Nutzungskonzept werde den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt. Er bezweifelt, dass für eine Mehrzweckhalle ein Bedarf besteht.

Herr Stühmeier fragt, welches Preisniveau die Wohnungen voraussichtlich haben werden. Herr Leuer antwortet, dass 30 % sozialer Wohnungsbau vorgesehen ist. Herr Stühmeier sieht einen Zusammenhang zum TOP „Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses“ und kündigt Enthaltung an.

Auch Herr Hanker kündigt Enthaltung an.

Herr Leuer bestätigt, dass gemeinschaftliches Wohnen vorgesehen ist.

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke lässt über die Änderungsanträge und die Vorlage abstimmen.

Beschluss (Anhörung gem. § 94 Abs. 1 NKomVG):

Für den im Betrachtungsraum dargestellten Bereich „Großer Hof“ (Anlage 1) wird nach Erstellung eines Nutzungsprofils ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt.

Anregung gem. § 94 Abs. 3 NKomVG von Frau Schneider:

Das Nutzungskonzept soll den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Anregung gem. § 94 Abs. 3 NKomVG von Herrn Schultz:

Die Errichtung einer Mehrzweckhalle soll geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

Verwaltungsvorlage:

12 dafür 0 dagegen 3 Enthaltungen

Anregung von Frau Schneider:

13 dafür 0 dagegen 2 Enthaltungen

Anregung von Herrn Schultz:

6 dafür 0 dagegen 9 Enthaltungen

9. Magniviertel - Experimentelles Modellprojekt zur Quartiersentwicklung**23-20614**

Herr Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage mittels einer Präsentation ein. Er weist darauf hin, dass die Bürgerwünsche eingeflossen sind. Das Leben in Magniviertel soll attraktiviert werden. Es hat eine intensive Bürgerbeteiligung gegeben.

Herr Dr. Plinke spricht das Thema „Erschließungssystem“ an und fragt, wie die Evaluierung erfolgen soll, z. B. mit einer Verkehrszählung.

Herr Schultz begrüßt die Vorlage.

Herr Möller weist darauf hin, dass Parkplätze entfallen werden. Auch er hält eine Evaluierung für wichtig. Er spricht die mögliche Lärmbelästigung durch Gastronomiebetriebe an. Herr Leuer weist darauf hin, dass für Juni 2023 eine weitere öffentliche Information vorgesehen ist, um über den aktuellen Zwischenstand zum Modellversuch zu sprechen und die perspektivischen Maßnahmen zu diskutieren. Die Tiefgarage soll schon bald weiterentwickelt werden. Er bestätigt den Entfall von Parkplätzen. Bei der Ladenzeile werde sensibel vorgegangen. Er habe Verständnis für die Sorgen, dass Lärmbelästigung durch die Gastronomiebetriebe entstehen könnte, allerdings gelte die Grenze von 22:00 Uhr für Außengastronomie. Eine Evaluierung werde stattfinden.

Herr Stühmeier kritisiert die Art und Weise der Einbindung der Anwohnenden. Das Thema „Bewohnerparkausweise“ sieht er als schwierig an. Er weist darauf hin, dass bei Lärmbeschwerden ein Ansprechpartner erreichbar sein muss. Er sieht den Versuch grundsätzlich positiv, da das Magniviertel attraktiviert werden kann. Er fragt, wie viele der in der ersten Pilotphase entfallenden 20 Parkplätze Bewohnerparkplätze sind und ob auch eine abschließende Informationsveranstaltung stattfinden kann. Er fragt, nach welchen Kriterien und

Kennzahlen die Evaluierung stattfinden sollen.

Herr Leuer antwortet, dass sich die Evaluierung nicht nur nach starren Kennzahlen richten wird. Von den genannten 20 Parkplätzen handele es sich bei 14 Parkplätzen um Anwohnerparkplätze. Diese werden an anderer Stelle im Magniviertel eingerichtet.

Herr Hanker fragt, ob Gespräche mit den Gewerbetreibenden stattgefunden haben, was Herr Leuer bejaht.

Herr Gottkowski kündigt Zustimmung an.

Frau Allgeier fragt, ob auch Überlegungen für den Elternverkehr der Kindertagesstätte angestellt wurden. Herr Leuer sagt hierzu eine Prüfung zu.

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss (Anhörung gem. § 94 Abs. 1 NKomVG):

Die Verwaltung wird beauftragt, die nachfolgend benannten Maßnahmen (s. Anlage) im Magniviertel im Rahmen eines experimentellen Modellprojektes umzusetzen:

- Einrichtung einer Fußgängerzone im Verlauf Ölschlägern von der Einmündung Ritterstraße bis zum Ackerhof
- Einfahrt in die Ritterstraße nur noch für Anliegerinnen und Anlieger sowie für Liefer- und Hotelanfahrverkehr
- Einrichtung von zwei barrierefreien Übergangsbereichen im Verlauf Ölschlägern
- Erweiterung von Fahrradabstellanlagen im Bereich Magnikirchplatz und Ölschlägern

Das Modellprojekt wird vom April bis zum Oktober 2023 durchgeführt und zum Ende der Laufzeit evaluiert. Die Ergebnisse und eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen werden den beteiligten Gremien erneut zum Beschluss vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

15 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

10. Erfahrungsbericht zu den Verkehrsströmen nach Neustrukturierung der Verkehrsführung im Bereich Helmstedter Straße und Schillstraße und Änderung der Verkehrsführung in der Kurzen Straße 22-19549

Herr Dr. Plinke weist darauf hin, dass die Kurze Straße wie bisher in beide Richtungen für den Radverkehr geöffnet bleiben sollte.

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss (Anhörung gem. § 94 Abs. 1 NKomVG):

1. Der Erfahrungsbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Änderung der Verkehrsführung in der Kurzen Straße, durch Drehen der Einbahnstraßenregelung in Fahrtrichtung Süden, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

13 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

11. Zweite Veloroute in Braunschweig: Wallring

23-20323

Herr Wiegel führt in die Vorlage ein.

Herr Schultz fragt, ob das Konzept der Umwelt- und Mobilitätsverbände, welches zwölf Radiale vorsieht, mit dem vorgelegten Konzept kompatibel ist. Herr Leuer bejaht dies. Herr Wiegel verweist auf den Austausch mit den Mobilitätsverbänden zu Radverkehrsthemen. In diesem haben die Verbände ihre Zustimmung zur Wallringroute als zweiter Veloroute erklärt.

Herr Stühmeier fragt nach den Kosten.

Herr Hanker fragt, ob auch ein Gespräch mit dem ADAC stattgefunden hat, was Herr Leuer verneint, da es sich um Radverkehrsplanung handelt. Er fragt weiter, warum exakt diese Route gewählt wurde. Auch er fragt nach den Kosten. Herr Leuer antwortet, dass diese Route eine deutliche Verbesserung im Radverkehr auch bereits dann darstellen wird, wenn der planerisch anspruchsvolle südliche Abschnitt noch nicht umgesetzt sein wird.

Herr Dr. Plinke hätte sich etwas mehr Mut bei der Ausplanung gewünscht.

Herr Möller kritisiert den Spurentfall am Wendentorwall und fragt, ob ein Abgleich mit den Fahrradstraßenstandards erfolgt. Herr Leuer bestätigt, dass Fahrradstraßen häufig Teil von Veloroutenkonzepten sind.

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss (Anhörung gem. § 94 Abs. 1 NKomVG):

"Als zweite Veloroute wird die Wallringroute realisiert."

Abstimmungsergebnis:

9 dafür 3 dagegen 0 Enthaltungen

12. Am Wendentor: Verbesserte Querungsmöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings

23-20537

Herr Wiegel führt in die Vorlage ein.

Herr Stühmeier kritisiert die Art und Weise der Kommunikation im Vorfeld der Informationsveranstaltung am 31. Januar 2023. Eine Ankündigung ein bis zwei Wochen vor einer derartigen Veranstaltung hält er für angemessen. Er kritisiert, dass die Anwohnenden und die Gewerbetreibende nicht einbezogen worden sind. Den Wegfall einer Spur kritisiert er angesichts von dort drei verlaufenden Tramlinien. Er sieht das Ziel, die Innenstadt weiter zu entwickeln, durch den Spurwegfall konterkariert. Es sollten zunächst die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen auf dem Wendentorwall abgewartet werden.

Herr Wiegel verweist auf die öffentliche Kommunikation zur Veranstaltung im Vorfeld. Diese scheint wirksam gewesen zu sein, da die Veranstaltung mit ca. 50 Personen gut besucht war. Bereits im Bestand befindet sich an dieser Stelle keine zwei Fahrspuren je Richtung, sondern jeweils nur eine (zwar überbreite) Fahrspur..

Herr Dr. Plinke hat gegen den Vorschlag keine Bedenken und hält die Planung für eine gute Idee. Er bittet daran zu denken, dass bei der Ausfahrt aus der Schubertstraße auch längere Fahrräder zum Einsatz kommen können und entsprechenden Platz benötigen.

Herr Möller sieht im Wegfall einer Fahrspur einen Widerspruch zur inneren Logik des Verkehrsnetzes, zumal der davor- und der dahinterliegenden Abschnitte zweispurig verlaufen. Er sieht eine Reduzierung der Leistungsfähigkeit des Verkehrsnetzes in dem Bereich.

Herr Schultz beabsichtigt zwei Verbesserungsvorschläge als Änderungsanträge einzubringen. So schlägt er vor, die Planung mit der Wilhelmstraße beginnen zu lassen. Zudem soll der Übergang in den Bereich der Schubertstraße verlegt werden:

Erster Änderungsantrag von Herrn Schultz:

Wir beantragen die Beschlussvorlage zurückzustellen, sie zu erweitern wie nachstehend aufgeführt und sie anschließend erneut vorzulegen. Die vorgelegte Planung hört an der Straßenbahnhaltestelle auf. Der Weg von Wilhelmstraße bis dort (Einmündung Schubertstraße) ist jedoch für den Radverkehr gleichermaßen unzumutbar. Das Rechtsabbiegen an der Wilhelmstraße ist uneinsehbar und gefährlich. Von dort wird der Radverkehr auf einem halbierten und dafür viel zu schmalen Gehweg geführt, obwohl das Radverkehrsaufkommen von dort zur TU relativ hoch ist. Daher sollte die vorgelegte Planung bereits mit der Kreuzung Am Wendentor/Wilhelmstraße beginnen. Der Radverkehr sollte spätestens von dort aus auf der Fahrbahn geführt werden.

Zweiter Änderungsantrag von Herrn Schultz:

Wir beantragen die Beschlussvorlage zurückzustellen, sie zu ändern wie nachstehend aufgeführt und sie anschließend erneut vorzulegen.

Die vorgeschlagene Querung soll so weit nach Süden verschoben werden, dass sie direkt an der einmündenden Schubertstraße liegt.

Begründung: Aktuell ist es möglich, von der Schubertstraße aus direktlinks abzubiegen.

Nach der vorgelegten Planung wären Radfahrer:innen genötigt, in einer scharfen 90°-Linkskurve auf den linken Gehweg abzubiegen, dort eine scharfe 90°-Rechtskurve zu vollziehen, auf Grün zu warten und dann erst mit einer weiteren scharfen 90°-Linkskurve auf Am Wendentor abzubiegen. Dies stellt eine erhebliche Verschlechterung der Radverkehrssituation dar.

Herr Hanker sieht die Straße als eine Lebensader der Verkehrsführung in die Innenstadt an. Er kritisiert den Spurwegfall.

Herr Wiegel erläutert auf den Hinweis von Herrn Schultz, dass die Verkehrsführung für Radfahrende im Bereich der Schubertstraße auch bei der aktuellen Planung flüssig verlaufen wird. Herr Schultz zieht den zweitgenannten Änderungsantrag zurück.

Frau Plinke lässt über den Änderungsantrag von Herrn Schultz abstimmen, wonach die Planung bereits an der Wilhelmstraße beginnen soll.

Anschließend lässt sie über die Verwaltungsvorlage abstimmen.

Beschluss (Anhörung gem. § 94 Abs. 1 NKomVG):

„Der Planung und dem Bau einer Querung der Straße Am Wendentor wird in der als Anlage beigefügten Fassung zugestimmt.“

Anregung von Herrn Schultz gem. § 94. Abs. 3 NKomVG):

Die vorgelegte Planung soll bereits mit der Kreuzung Am Wendentor/Wilhelmstraße beginnen.

Abstimmungsergebnis:

Anregung von Herrn Schultz:

2 dafür 9 dagegen 1 Enthaltung

Verwaltungsvorlage:

8 dafür 4 dagegen 0 Enthaltungen

13. Ideenplattform: Basketballplatz und Sportanlagen in Viewegs Garten

23-20510

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Lewandowski (Fachbereich Stadtgrün und Sport).

Frau Lewandowski weist darauf hin, dass es sich bei dem Basketballplatz nicht um einen richtigen Basketballplatz handelt. Es bestehe eine kritische Distanz zur Wohnbebauung.

Herr Stühmeier spricht sich für einen Erhalt des Status Quo aus.

Frau Derwein fragt, wann im Rahmen der Neuordnung des Bahnhofquartiers neue Jugendspielflächen bzw. Angebote für den Freizeitsport in den Randbereichen von Viewegs Garten entstehen sollen.

Frau Allgeier spricht sich ebenfalls für einen Erhalt des derzeitigen Platzes aus.

Frau Schneider mit Blick auf die Spielplatzanalyse auf fehlende Spielflächen hin. Frau Lewandowski entgegnet, dass es sich bei der Fläche nicht um eine Jugendspielfläche handelt.

Herr Hanker spricht sich für häufigere Reinigungen des Platzes aus.

Herr Stühmeier stellt einen Änderungsantrag, wonach der bisherige Beschlusstext wie folgt erweitert werden soll: „Der Basketballplatz wird in seiner jetzigen Form unter der Berücksichtigung etwaiger Einebnungen beibehalten.“

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke lässt über den Änderungsantrag und im Anschluss über die ergänzte Verwaltungsvorlage abstimmen.

Änderungsantrag (Anregung gem. § 94 Abs. 3 NKomVG):

Der Basketballplatz wird in seiner jetzigen Form unter der Berücksichtigung etwaiger Einebnungen beibehalten.

Beschluss ergänzt um Änderungsantrag (Anhörung gem. § 94 Abs. 1 NKomVG):

„Die Idee auf der Ideenplattform zum Ausbau der Basketballanlage in Viewegs Garten wird nicht umgesetzt. *Der Basketballplatz wird in seiner jetzigen Form unter der Berücksichtigung etwaiger Einebnungen beibehalten.*“

Abstimmungsergebnis:

Änderungsantrag:

12 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

Vorlage ergänzt um Änderungsantrag:

10 dafür 0 dagegen 2 Enthaltungen

14. Dauerinstallation zum Lichtparcours: Künstlerische Lichtinstallation von Johannes Wohnseifer **23-20662**

Herr Brakel kann den ästhetischen Wert des Kunstwerkes nicht erkennen.

Herr Dr. Plinke teilt die Ansicht.

Frau Allgeier empfiehlt, künftig im Vorfeld ein Meinungsbild einzuholen, zum Beispiel über die Bezirksbürgermeisterin.

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss (Entscheidung gem. § 93 Abs. 1 Satz 3 NKomVG i. V. m. § 16 Abs. 1 Nr. 8 der Hauptsatzung):

Der dauerhaften Errichtung des Lichtparcours-Kunstwerks „No Sleep“ von Johannes Wohnseifer des Lichtparcours' 2020 im Bereich „Rimpaus Garten“ (Aufstellungsort s. Anlage) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

1 dafür 10 dagegen 1 Enthaltung

15. Verkauf einer städtischen Grundstücksfläche in der Kaiserstraße **23-20651**

Herr Brakel sieht den Verkauf städtischer Grundstücke kritisch und spricht sich für die Vergabe eines Erbbaurechts aus.

Frau Schneider weist auf den baulandpolitischen Grundsatzbeschluss hin und kritisiert, dass kein Wohnraum geschaffen werden soll.

Herr Schultz teilt die Auffassung und kritisiert den Wegfall einer Grünfläche.

Herr Hanker spricht sich ebenfalls bestenfalls für die Vergabe eines Erbbaurechts aus. Die Versiegelung bedauert er.

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss (Anhörung gem. § 94 Abs. 1 NKomVG):

„Dem Verkauf einer insgesamt ca. 462 m² großen städtischen Grundstücksteilfläche an die Eigentümerin des Grundstücks Kaiserstraße 10 wird zugestimmt.“

Protokollnotiz:

Statt eines Verkaufs regt der Stadtbezirksrat mehrheitlich an, ein Erbbaurecht zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Verwaltungsvorlage:

1 dafür 9 dagegen 1 Enthaltung

16. Verwendung von Haushaltsmitteln

Es liegen keine Zuschussanträge vor.

6. Anträge

6.1. Bushaltestelle Steinweg 2023 Antrag der SPD-Fraktion **23-20586**

Der Antrag wird zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

6.2. Fritz-Bauer-Platz aufwerten! Antrag der Fraktion B90/Grüne **23-20679**

Der Antrag wird zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

6.3. Verbesserung der Beleuchtungssituation auf der Kurt-Schuma- cher-Straße Antrag der Gruppe BIBS/Die Linke **23-20680**

Der Antrag wird zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

17. Anfragen

17.1. Justizgebäude am Domplatz Anfrage der Fraktion B90/Grüne **23-20674**

17.1.1. Justizgebäude am Domplatz **23-20674-01**

Aus Zeitgründen wird die Stellungnahme ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

17.2. Gestaltung Südstraße Anfrage der SPD-Fraktion **23-20584**

Es liegt keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

17.3. Gestaltung Wollmarkt Anfrage der SPD-Fraktion **23-20633**

17.3.1. Gestaltung Wollmarkt **23-20633-01**

Aus Zeitgründen wird die Stellungnahme ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

17.4. Verkehrsberuhigende Maßnahmen am Ägidienmarkt Anfrage der Fraktion B90/Grüne **22-18870**

17.4.1. Verkehrsberuhigende Maßnahmen am Ägidienmarkt **22-18870-01**

Aus Zeitgründen wird die Stellungnahme ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

17.5. Geschwindigkeitsbeschränkung Salzdahlumer Straße Anfrage der Gruppe BIBS/Die Linke **22-19357**

17.5.1. Geschwindigkeitsbeschränkung Salzdahlumer Straße

22-19357-01

Aus Zeitgründen wird die Stellungnahme ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

**17.6. Geschwindigkeitsreduzierung auf der Ackerstraße im Bereich der
KiTa
Anfrage der Fraktion B90/Grüne**

22-19407

**17.6.1. Geschwindigkeitsreduzierung auf der Ackerstraße im Bereich
der KiTa**

22-19407-01

Aus Zeitgründen wird die Stellungnahme ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 10:05 Uhr.

gez.

Jutta Plinke
Bezirksbürgermeisterin

gez.

Marius Beddig
Protokollführung